

Sozial-statistische Daten - Fakten - Erkenntnisse: 6. Folge

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1987). *Sozial-statistische Daten - Fakten - Erkenntnisse: 6. Folge*. Leipzig. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-400127>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sozial-Statistische

Daten-Fakten-Erkenntnisse

Sechste Folge

Ausgewählt und zusammen-
gestellt

von

Dr. sc. Arnold Pinther

Wie in den vorangegangenen fünf Berichterstattungen, so soll auch die sechste Folge den Jugendforschern in erster Linie Hintergrundinformationen liefern, die ihre Arbeit mehr oder weniger tangieren. Außerdem geht aus dem Material auch vieles hervor, das den Stand und die Entwicklung unserer Gesellschaft - insbesondere der Sozialpolitik - kennzeichnet. Insofern hat der Bericht eine zusätzlich politisch-ideologische Funktion.

Manchem wird die Auswahl der Themen etwas zufällig erscheinen. Diese "Willkür" ist dem relativ geringen Umfang von Quellen geschuldet, die mir zur Verfügung standen.

Für Kritiken, Verbesserungen und Veränderungsvorschläge bin ich dankbar.

Leipzig, Februar 1987

Arnold Pinther

I n h a l t

1. Bevölkerung/Demografie

Seiten 6 bis 15

- Bevölkerungsdichte, Bevölkerungszahl
- RGW-Vergleich
- Altersaufbau der Bevölkerung
- Geburten
- Säuglingssterblichkeit
- Nichtverheiratete Mütter
- Kindereinrichtungen
- Eheschließungen
- Ehescheidungen

2. Stand und Entwicklung der Lebensbedingungen

Seiten 16 bis 27

- Wohnen: Entwicklung
- Wohnsubstanz, Wohnkomfort
- Weiterhaltungsmaßnahmen
- "Junges Wohnen"
- Haushaltseinkommen
- Anteile an hochwertigen, langlebigen Gebrauchsgütern
- Tendenzen des Bedarfs und des Verbrauchs
- Durchschnittliche Ausgaben pro Haushalt
- Verbrauch von Nahrungs- und Genussmitteln
RGW-Vergleich
- Entwicklung der Verbrauchsstruktur Nahrung/Genuss
in der DDR
- Gaststätten-Anteil Jugendlicher am Gaststättenbesuch
- Einkommensfragen - Real- und Nettosinkünfte der Bevölkerung
- Einkommen spezieller Berufsgruppen

3. Einige sozialpolitische Maßnahmen

Seiten 28 bis 29

- Ehekredite und Zinserlasse
- Urlaubsplätze des FDGB
- Ferienreisetätigkeit In- und Ausland
- Jugendtouristreisen
- Jugendherbergen

4. Gesundheitswesen

Seiten 30 bis 36

- Ärztebestand DDR / pro Einwohner
- Arbeitsunfälle
- Straßenverkehrsunfälle
- Krankenstand DDR / Bevölkerung
und nach Altersgruppen
- Krankheiten:
 - Geschlechtskrankheiten:
 - Gonorrhoe
 - Syphilis
 - AIDS
- Kontaminierung von Lebensmitteln durch
Pflanzenschutzmittel
- Jugendgesundheitsschutz:
 - Körperbehinderte Kinder und Jugendliche
 - Geistig behinderte Kinder und Jugendliche

5. Beteiligung unserer Bürger an der Gestaltung der Gesellschaft

Seiten 37 bis 39

- Zusammensetzung der Volkskammer nach
Parteimitgliedschaft, Alter, Geschlecht, Beruf
- Mitgliedschaft der Bürger in ges. Gremien
- Mitgliedschaft in FDGB, DFD, FDJ, JP, KP
- Mitgliedschaft und Mitgliederanteile in der SED

6. Internationale Vergleichszahlen
(RCW)

Seiten 40 bis 41

- Produktion von Elektroenergie,
Benzin, Schwefelsäure
- Produktion von LKW, PKW, Fernseh-
geräten
- Produktion von Waschmaschinen,
Kühlschränken
- Telefonanschlüsse je 1000 E
- Erzeugung von Butter, Fleisch, Zucker
- Produktion von Bier und Zigaretten

7. Quellenverzeichnis

42 - 43

1. Bevölkerung/Demografie

Die DDR zählt im Weltmaßstab zu den kleinen, aber bevölkerungsreichen Staaten. Mit einer Fläche von 108 333 km² hat sie eine Bevölkerungsdichte von 154 pro km² (konstant seit 1981). Dem gegenüber beträgt die Bevölkerungsdichte in Europa 99 pro km². Unter den RGW-Ländern nimmt die DDR in der Bevölkerungsdichte den ersten Platz ein.

<u>Bevölkerungsdichte europäischer RGW-Staaten pro km²</u>			
DDR	154	Rumänien	95
CSSR	121	Bulgarien	81
Polen	118	UdSSR (gesamt)	12
Ungarn	115		

Bezogen auf die Einwohnerzahl innerhalb der RGW-Staaten hat die DDR den 4. Platz, flächenmäßig den 6. Rang.

Unter europäischen Maßstäben liegen wir hinsichtlich der Bevölkerungsdichte allerdings nur auf dem 13. Platz (BRD = 239 E/km²).

Von der Fläche aus gesehen, hat unser Land innerhalb Europas den 16. Platz (Finnland ist z. B. um ein Dreifaches größer, ebenso Polen, Norwegen und Italien).

Nach der Bevölkerungszahl kommt die DDR auf Platz 10 in Europa und ist damit etwas bevölkerungsreicher als die CSSR mit 15,5 Millionen. Die gegenwärtige Einwohnerzahl bei uns beträgt 16,64 Millionen.

Damit wird erneut ein Rückgang der Bevölkerung angezeigt, der mit ca. 2 % jährlich angenommen werden muß. Im Vergleich zu 1970 gab es 1985 über 428 000 Bürger weniger - also fast eine halbe Million.

Die Ursachen hierfür sind vor allem in der noch nachwirkenden enormen Unterschreitung der einfachen Bevölkerungsreproduktion zwischen 1970 und 1976 zu sehen. Begleitende, aber nicht ausschlaggebende Ursachen sind weiterhin Ausreisen - vor allem älterer Jahrgänge.

Die Tendenz der Bevölkerungsverringerung wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. Selbst die höheren Geburtenzahlen in den letzten Jahren können dieses Defizit nicht ausgleichen.

Im Altersaufbau der Bevölkerung fällt eine diskontinuierliche Besetzung der Altersgruppen auf. Dabei interessiert besonders die Altersgruppe Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre, denn sie stellt einen Teil des künftigen Arbeitskräftereservoirs. Diese Altersgruppe hat - verglichen mit anderen Ländern - einen relativ niedrigen Anteil, der ebenfalls seit 1970 rückläufig ist (1970 = 28 % der Bevölkerung, 1985 = 23,4 % der Bevölkerung). Selbst bei Berücksichtigung optimaler Ansätze wird sich der Anteil in den Folgejahren bis 2000 nicht erhöhen - eher reduzieren.

• Innerhalb dieser Altersgruppe fällt die der Kinder von 0 bis 14,5 Jahren auf. 1970 waren es 3,862 Millionen, 1985 3,098 Millionen - also 763 000 weniger als seinerzeit. Hieraus ergeben sich vorerst günstige Konsequenzen für die Krippenversorgung, die Kindergärten und auch für die Besetzung der Schulklassen in den nächsten 15 Jahren.

• Der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (es rechnet von 14,5 bis 65 Jahre -männlich- und bis 60 Jahre -weiblich) deutet dagegen auf einen steigenden Trend hin. 1985 gab es im Vergleich mit 1982 fast 100 000 mehr - damit sind jetzt rund 65 % der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (1970 waren es nur 58 %). Konkret erhöhte sich damit die Zahl der Berufstätigen zwischen 1970 und 1985 von 7,77 Millionen auf 8,5 Millionen.

Geburten: Im Jahr 1986 wurden 221 787 Kinder geboren; 5,8 Tsd. weniger als 1985. Weitere demografische Einzeldaten sind dazu noch nicht bekannt.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf das Jahr 1985. Positiv waren drei Faktoren, und zwar a) haben sich die Anteile der Geburten pro 1000 Bev. nicht weiter reduziert, b) wurden mehr Personen geboren als Gestorbene registriert wurden, c) ergab sich ein leichter Rückgang der Erstgeborenen gegenüber frü-

heren Jahren zugunsten der Zweitgeburten und der Drittgeburten.

. Weniger positiv ist dagegen die weitere Rückläufigkeit der Geburten einzuschätzen. Seit den Geburtengipfeln der Jahre 1980 (245 000) und 1982 (240 000) nehmen die Geburtenzahlen stetig ab. Das Fruchtbarkeitsniveau des Jahres 1985 entspricht etwa 85 % dessen, was zur einfachen Reproduktion der Bevölkerung erforderlich wäre. (Die Fruchtbarkeitsziffer ist die Zahl der Geborenen je 1 000 weiblicher Bevölkerung zwischen 15 - 45 Jahren; sie beträgt jetzt 63,8.)

. Dabei ist das Geburtenniveau (wiederum) bezirklich unterschiedlich. Deutlich über dem Durchschnitt liegen Brandenburg und Schwerin, deutlich darunter Karl-Marx-Stadt, Halle und Leipzig. Somit verzeichnen die südlichen Industriebezirke der DDR mit der größten Einwohnerdichte gleichzeitig den geringsten Geburtenzuwachs.

. Wenngleich die meisten dieser Kinder Wunsch Kinder sind, so ist doch nicht jede Empfängnis verbunden gewesen mit einem Kinderwunsch.

Trotz der Möglichkeiten der Antikonzeption wurden allein 1984 fast 100 000 Schwangerschaftsabbrüche registriert. Wären die werdenden Kinder ausgetragen worden, hätte dies erheblich zur Vergrößerung der Geburtensituation beigetragen.

. Wiederholt zeigte sich bei den Geschlechteranteilen der geborenen Kinder, daß mehr Knaben als Mädchen (106 : 100) geboren werden - (1985 z. B. 6 760 mehr), daß aber im Insgesamt der Bevölkerung dieser "Vorsprung" sehr schnell umschlägt. Denn im gleichen Jahr betrug der Gesamtanteil Frauen zu Männern in der DDR 111 : 100. Anders ausgedrückt: In der DDR lebten 1985 885 000 mehr Frauen als Männer. Früher waren die Geschlechterdifferenzen noch größer - so kamen 1946 135 Frauen auf 100 Männer und 1950 125 Frauen auf 100 Männer.

Ein positives Zeichen unserer Geburtensituation ist dagegen die rückläufige Säuglingssterblichkeit. Sie erreichte 1986 mit 9,1 pro Million Geburten ihren bisher niedrigsten Wert. Im europäi-

schen Vergleich ist das allerdings nicht die Spitzenposition - Finnland hatte bereits 1981 Werte von 6,5 pro Million Geburten.

. Auch in dieser Beziehung herrschen unter verschiedenen Bedingungen noch größere Unterschiede vor. So lag beispielsweise 1984 der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 8,3 ‰ der Säuglingssterblichkeit am niedrigsten, der Bezirk Cottbus mit 12,2 ‰ am höchsten. Hierfür gibt es noch keine befriedigende Ätiologie.

. Von nicht geringem Einfluß auf die Säuglingssterblichkeit sind auch spezielle Lebensumstände der Mütter:

Lebensumstände der Mütter und Säuglingssterblichkeit (1984)

Mutter verheiratet	9,7 ‰	nach Schott, Jahrbuch für das Gesundheitswesen der DDR, 1985, S. 20
Mutter unverheiratet	10,8 "	
25 - 30 Jahre	9,6 "	
35 - 40 Jahre	14,3 "	
Hoch-/Fachschulabschluß	10,3 "	
ohne diesen Abschluß	13,9 "	
zweites Kind	9,2 "	
drittes Kind	12,2 "	
viertes Kind	17,0 "	
Geburtenstand unter 1 Jahr	84,2 "	
" 1 - 2 Jahre	20,5 "	
" 4 - 5 Jahre	5,4 "	

Der Anteil Lebendgeborener berufstätiger Mütter ist sehr hoch und er hat in den letzten Jahren sogar noch zugenommen.

1980 = 90,8 %, 1985 = 93 %.

Gestiegen sind aber auch die Geburten nichtverheirateter Mütter. Sie betragen gegenwärtig mehr als ein Drittel aller Geburten (1980 waren es 56 400, 1985 = 77 000).

Über den starken Anstieg informiert folgender Auszug:

Anteil Geborener unverheirateter Mütter:

1971 = 15,1 %
1976 = 16,2 %
1981 = 30,0 %
1985 = 33,5 %.

Darunter befinden sich nicht wenige Mütter, die mit einem Partner in einer Lebensgemeinschaft zusammenleben.¹

• Unter den Nichtverheirateten befinden sich naturgemäß auch sehr junge Mütter. Allerdings ist deren Anteil gegenüber früher - in Anbetracht der Anwendung antikonzeptioneller Mittel - zurückgegangen. 1970 gab es 2 870 Mütter zwischen 14 und 17 Jahren, 1985 waren es nur noch 1 079; 1970 hatten 7 780 Mädchen zwischen 17 bis unter 18 Jahren eine Geburt, 1985 aber nur noch 2 813.

• Ungeachtet dessen haben unsere Kinder heute jüngere Eltern als früher. Der Gesamtanteil von Müttern unter 25 Jahren beträgt im Vergleich zu allen Geburten ca. 63 %. Das ist in Anbetracht der biologisch-gynäkologischen Konstitution positiv einzuschätzen. Allerdings war bis zum 30. Lebensjahr der Mütter deren realer Kinderwunsch erst zu 78 % erfüllt, bis zum 35. Lebensjahr kamen nochmals 15 % Wunsch Kinder hinzu - vor allem Frauen aus der Schicht der Intelligenz!

Kindereinrichtungen

Wir verlassen hier zunächst die demografischen Fakten und wenden uns für kurze Zeit sozialpolitischen Entwicklungen zu.

• Kinder- und Vorschuleinrichtungen erfüllen wichtige Aufgaben, die sich deutlich abheben von früheren Behütungs- und Aufbewahrungseinrichtungen der bürgerlichen Welt. Die Erziehung, Betreuung und Heranbildung der kindlichen Persönlichkeit ist die Hauptaufgabe!

¹ Zu diesem Thema wird in der 7. Folge ausführlicher informiert. Bis dahin liegen exaktere Ergebnisse vor.

Darüberhinaus bilden Kindereinrichtungen eine ganz wesentliche Voraussetzung, um die bessere Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit der Frau zu gewährleisten. Die Eltern schätzen Kindereinrichtungen zunehmend als Stätten fundierter und qualifizierter Betreuung.

„ Was den Versorgungsgrad anbetrifft, so war in der Vergangenheit der Bedarf an Plätzen größer als die Möglichkeiten ihrer Bereitstellung. (Im Jahr 1946 gab es auf dem jetzigen Gebiet der DDR ganze 56 Kinderkrippen und 3 944 Kindertagesstätten.) Der planmäßigen Erweiterung dieser Einrichtungen wird bei uns größte Aufmerksamkeit geschenkt. Ende des Jahres 1986 gab es über 350 000 Plätze für die Ein- bis Dreijährigen und 877 000 für Drei- bis Sechsjährige.

Hier ein Überblick über Etappen der Entwicklung:

Jahr	Betreute Kinder je 1000 entsprechender Altersgruppen in Kinderkrippen	Kindergärten
1970	29,1	64,5
1975	50,8	84,6
1980	61,2	92,2
1986	84,0	98,8

„ Im Hinblick auf die Krippenkapazität ist trotz der Weltspitzenposition der DDR zur Zeit noch eine nicht völlig dem Bedarf kongruente Situation vorhanden. Es ist auch noch nicht völlig gelungen, eine bezirkliche Angleichung auf dem höchsten Niveau zu erreichen. Anfang 1986 gab es z. B. im Versorgungsgrad pro 1000 Kinder folgende divergenten Kapazitäten: Berlin, Hauptstadt = 825, Erfurt = 714, Karl-Marx-Stadt = 622, Dresden = 593.

„ Bei Kindergärten ist der Bedarf vollständig gedeckt, teilweise sogar "übererfüllt", so in Berlin, Halle, Leipzig mit Kapazitäten zwischen 1012 und 1087 pro 1000 in Frage kommender Kinder.

Nach diesem Exkurs nun wieder zurück zu demografischen Daten und Fakten.

Eheschließungen

Insgesamt ist die Zahl Eheschließender in den letzten Jahren etwas angestiegen: 1983: 125,4 Tsd., 1985: 131,5 Tsd. Dabei hat sich aber der Anteil Jugendlicher an den Eheschließungen verringert.

. 1984 schlossen 50 % der männlichen und 69 % der weiblichen Jugendlichen unter 25 Jahren die Ehe. Das sind - im Vergleich zur Gesamt-Eheschließungsziffer - 47 %. Wo beide Partner bei der Eheschließung jünger waren als 21 Jahre, betrug dieser Anteil 7 %.

. Das durchschnittliche Alter der vorher ledigen Bürger hat sich in letzter Zeit erhöht. Heute heiraten junge Männer mit 24,3 Jahren (1980 = 23,4 Jahren) und Mädchen mit 22,2 Jahren (1980 = 21,3 Jahren). Das ist mehrheitlich eine Folge der länger andauernden Berufs- und Studiausbildung.

. Daneben ist - entsprechend dem Trend der letzten Jahre - auch eine insgesamt abnehmende "Heiratsfreudigkeit" zu verzeichnen. Ein größerer Teil bleibt ledig; andere ziehen das Zusammenleben ohne standesamtliche Legitimierung vor. Über die Veränderungen im Familienstand gibt der folgende Überblick Auskunft:

Veränderungen des Familienstandes (Bezug: Termine der Volkszählungen)

Von jeweils 100 Bürgern der männlichen Bevölkerung waren

im Alter von	ledig		verheiratet		geschieden	
	1971	1982	1971	1982	1971	1982
18 - unter 21	94	97	6	3	0,1	0,1
21 - unter 25	59	66	40	31	1	2
25 - unter 30	20	27	77	67	3	7

von 100 der weiblichen Bevölkerung waren

18 - unter 21	74	85	25	16	0,4	0,4
21 - unter 25	27	37	70	58	3	5
25 - unter 30	9	13	85	78	5	9

Ehescheidungen

. Die Scheidungsraten steigen seit Mitte der sechziger Jahre ohne Unterbrechung. Ungeachtet der demografischen Entwicklungen gab es in den letzten Jahren zwischen 20 000 bis 25 000 Ehescheidungen mehr als 1970. Im Jahr 1985 waren es 51 240. Das besagt, daß rund 102 000 Bürger ihre bisherigen Lebensumstände verändern mußten (die davon betroffenen Kinder nicht mit eingeschlossen).

. Obwohl Ehescheidungen in bestimmter Weise Ausdruck hoher, aber unerfüllt gebliebener Erwartungen sind, und damit auch auf ein gestiegenes Selbstbewußtsein, insbesondere der Frauen, hinweisen (68 % der Scheidungsbegehren werden durch Frauen beantragt), sind alle Ereignisse, die im Vorfeld oder in der Folge zerrütteter Ehen liegen, als sozialpsychologisch und auch sozial nachteilig zu bewerten. Familiäre Diskrepanzen schlagen sich nachweislich auf die Persönlichkeit und ihr Leistungsverhalten nieder.

. Der Anstieg der Scheidungen wird deutlich ausgewiesen im Verhältnis zur Bevölkerung im heiratsfähigen Alter. Hier betrugen die Scheidungsanteile je 10 000

1970 = 22,3

1975 = 33,6

1980 = 35,6

1985 = 40,2.

. Wie in den Vorjahren, so gab es auch 1985 bezüglich der bezirklichen Scheidungszahlen erhebliche Unterschiede. Dabei hatten Berlin mit 56,6, Rostock mit 50,2, Frankfurt/Oder mit 45,0 eine überdurchschnittliche Scheidungsrate, während die Bezirke Dresden (32,8) und Karl-Marx-Stadt (32,5) unter dem Durchschnitt lagen.

. Das Durchschnittsalter der Geschiedenen ist bei Männern 34 und bei Frauen 32 Jahre. Daraus ist zu erkennen, daß für Scheidungen noch immer mehrheitlich Bürger jüngeren Alters in Frage kommen. Junge Ehen sind also besonders "scheidungsanfällig".

Naturgemäß ist das Verhältnis der geschiedenen Männer : Frauen eindeutig "frauenlastig" (39 % Männer, aber 49 % Frauen), was darauf zurückzuführen ist, daß Frauen allgemein jünger heiraten und es innerhalb dieser Altersspanne eben auch mehr verheiratete jüngere Frauen gibt. Unter allen 1985 Geschiedenen waren 65 % jünger als 35 Jahre. Das Scheidungsoptimum liegt demnach zugleich in "jungen" Ehen.

. Nach wie vor ist die Zahl der mitbetroffenen Kinder und Jugendlichen hoch. Von allen im Jahr 1985 erfolgten Scheidungen waren 22 670 Einkind-Ehen, 11 630 Zweikinderehen, 1 340 Ehen mit drei und weitere 340 Ehen mit vier und mehr Kindern betroffen. Insgesamt wurden im Bezugsjahr 51 340 Kinder und Jugendliche durch Scheidung von einem Elternteil getrennt.

Die Ursachen und Folgen der durch Scheidung mitbetroffenen Kinder sind zwar unterschiedlich, aber sie stellen eine enorme psychische Belastung für ihre harmonische Persönlichkeitsentwicklung dar.

. Die in diesem Sinne "unvollständige Familie" ist nunmehr zu einer gesellschaftlichen Erscheinung geworden, die Beachtung verdient!

. Die Scheidungsstatistik vermerkt auch hier eine bezirklich unterschiedliche Differenzierung. Aus ihr ist zu ersehen

- ein relativ großer Scheidungsanteil entfällt auf städtische Gebiete mit vorwiegend jüngeren Einwohnern (Marzahn, Halle-Neustadt, Eisenhüttenstadt, Roatock);
- ein überdurchschnittlicher Scheidungsanteil ist in den größeren, vor allem den Bezirkestädten, vorzufinden;
- eine deutlich geringere Scheidungsziffer gibt es in Gebieten mit einem relativ hohen Anteil religiös eingestellter Bürger (Heiligenstadt, Hildburghausen, Annaberg, Marienberg).

Ein Überblick mit anderen sozialistischen Ländern läßt die Vor- und Nachwirkungen bestimmter nationaler Besonderheiten, moralischer Normen und religiöser Einflüsse erkennen:

Je 100 bestehender Ehen bzw. je 1 000 Bevölkerung wurden geschieden²

Ländervergleich

	je 100 Eheschließungen	je 1 000 Bevölkerung
Bulgarien	15,0	1,48
CSFR	28,7	2,21
Polen	46,0	1,10
DDR	36,6	3,10
UdSSR	15,2	nicht erfaßbar
Ungarn	49,3	2,48

² Angaben DDR und Ungarn von 1985,
 alle anderen zwischen 1983 und 1984

2. Stand und Entwicklung der Lebensbedingungen

Wohnen: Im Ergebnis der Erfüllung der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sich die Wohnsituation unserer Bürger ganz erheblich verbessert. Insgesamt entstanden zwischen dem VIII. Parteitag der SED bis zum Ende 1986 2,6 Mill. neugebaute oder modernisierte Wohnungen. Dadurch verbesserten sich die Wohnbedingungen für 7,9 Mill. Bürger - statistisch für jeden zweiten Bewohner der DDR.

• 1971 gab es in der DDR 6 057 Mill. Wohnungen; Ende 1985 aber 6 831 Millionen, und dies angesichts einer großen Zahl abgerissener Häuser. Außerdem wurden die seit Jahren als Kindergärten, Schwesternstationen und Dienstleistungseinrichtungen ständig benutzten Wohnungen aus dem Wohnungsbestand nunmehr statistisch ausgegliedert.

• Verbessert hat sich auch die Wohnqualität. Von 100 Wohnungen haben 74 Bad oder Dusche (1971 = 39), 68 IWC (1971 = 39). Bei neugebauten Wohnungen des Jahres 1985 haben 98 % Zentralheizung, alle Wohnungen Warmwasser und Bad oder Dusche!

• Pro Person stehen im DDR-Maßstab $24,2 \text{ m}^2$ sowie je 100 Personen $111,4 \text{ m}^2$ Wohnraum zur Verfügung. Statistisch gesehen, ist jede Wohnung mit 2,44 Personen belegt. Unser Wohnungsbestand verändert sich zunehmend in Richtung auf Mehrraumwohnung.

• Die Wohnungsmieten in der DDR zählen zu den niedrigsten überhaupt. Durchschnittlich beträgt die Wohnungsmiete je m^2 zwischen 0,80 und 1,25 M!

• Als Folge unserer Wohnungspolitik war der Anteil überbelegter Wohnungen stark rückläufig.

Wohnprobleme entstehen in der Regel durch unterbelegten Wohnraum. Er macht etwa 10 % aller Wohnungen aus. Von diesen befinden sich etwa zwei Drittel in Ein- oder Zweifamilienhäusern (zumeist Eigentumswohnungen, was die Problematik nicht erleichtert).

. Ein weiteres, schon angedeutetes Problem ist der Verschleiß von nicht mehr bewohnbarer Wohnsubstanz. Damit wuchs auch der Anteil leerstehender Wohnungen z. B. von 1971 bis 1981 von 100 auf 242 %. Leerstehende Wohnungen bilden einen Anteil von 3 % aller Wohnungen. Zum hohen Verschleißgrad der Wohnungen kommt noch ein fortschreitender Verschleiß von Verkaufseinrichtungen, Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Kultur. Große Anstrengungen unternehmen deshalb Bauschaffende aller Gewerke zur Instandsetzung und Instandhaltung von Dächern und Wasserabflußinstallationen.

. Wohnungen und Wohnkomfort werden vermutlich einen künftig noch höheren Stellenwert in der Bedürfnishierarchie der Bevölkerung einnehmen. Diese Entwicklung liegt durchaus im Sinne und in der Perspektive unserer Wohnungs- und Sozialpolitik.

Hier soll auf einige Besonderheiten der Wohnbedürfnisse junger Leute eingegangen werden, insbesondere der jungen Ehen, die ca. 3 % aller Haushalte ausmachen und mit ca. 220 000 veranschlagt werden können.

- Jede zweite modernisierte Wohnung und jede vierte Neubauwohnung, auch jedes vierte Eigenheim, konnte von jungen Leuten bezogen werden.
- Junge Leute leisteten vor allem in der Aktion "Umgebaut und Ausgebaut" ihren aktiven Anteil (1981 ca. 60 000 Wohnungen).
- Um- und Ausbauwohnungen, die von vielen jungen Leuten gefragt sind, besitzen eine spezifische Wohnsubstanz, und zwar einerseits oft sehr große und meist hohe Wohnräume (Altbau), aber auch sehr unterschiedliche Wände (Schräge, Winkel, Nischen), damit aber auch vielfältige Möglichkeiten zum Verändern des Einrichtungsstiles, zum "Experimentieren".
- Junge Leute möchten ihre Wohnung hauptsächlich modern, dabei eher sachlich statt repräsentativ einrichten. Sie bevorzugen pflegeleichte Möbel, Möbel zum Kombinieren und zur multifunktionalen Ausstattung ihres Wohnraumes, variables Mobilar und selbstgefertigte Einrichtungsgegenstände.
- Sie bevorzugen nicht unbedingt neue Möbel, sondern auch gebrauchte - v. a. solche mit geringen Anschaffungskosten.

Weitere Ermittlungen der Marktforscher ergaben:

• In 8 % bis 10 % der Haushalte fallen jährlich bauliche Veränderungen an, die vor allem auf Werterhaltung und Modernisierung der vorhandenen Wohnsubstanz gerichtet sind. Dabei wird ein Teil der notwendigen Arbeiten in eigener Initiative der betreffenden Bewohner ausgeführt. Diese zielgerichtete Entwicklung wird unterstützt durch entsprechende Lehrgänge zur Selbsthilfe, vor allem durch die Bereitstellung mit Baustoffen. (Zwischen 1976 und 1985 stieg der Warenumsatz für Baustoffe für den Bevölkerungsbedarf auf 174 %. Auch besitzen heute mehr als 30 % der Haushalte ein umfangreiches, nahezu vollkommenes Werkzeugsortiment.)

• Die Eigenleistungen der Bürger lassen sich durch die folgende Übersicht verfolgen:

Anteil der Haushalte, die entsprechende Arbeiten überwiegend selbst erledigen:

	1970	1984
Malerarbeiten	37 %	59 %
Tapezierarbeiten	29 %	58 %
Schlosserarbeiten	20 %	23 %
Maurerarbeiten	-	23 %
Klempnerarbeiten	-	13 %

• Die Ausübung dieser Tätigkeiten ist unterschiedlich motiviert, häufig auch wegen fehlender Handwerkerkapazitäten. Wesentlich sind aber: Aktive Freizeitgestaltung, Wegfall von Wartezeiten und Einsparung finanzieller Mittel.

Die Darstellung der in den Haushalten vorhandenen speziellen Mittel und Gegenstände leitet über in die allgemeine(n) Ausstattungsmerkmale für Haushalte in der DDR.

• Die kontinuierliche Entwicklung des Einkommens der Bevölkerung (vgl. Blatt) und die damit verbundene Erhöhung des Lebensniveaus hat eine Strukturwandlung des Warenverbrauchs mit sich gebracht. Immer größere Anteile des Einkommens werden frei für nicht primär lebensnotwendige Güter.

Der disponibel verwendbare Kaufkraft steigt an und bringt gleichzeitig einen höheren Bedarf an langlebigen hochwertigen technischen Konsumgütern hervor. Diese positive Entwicklung wird sich in Übereinstimmung mit der erklärten Politik der SED in den weiteren Jahren noch fortsetzen.

Ausstattung der Haushalte mit langlebigen technischen Konsumgütern je 100 Haushalte

	1970	1975	1980	1986
PKW	15,6	26,2	36,8	48
Motorräder	19,4	19,5	18,4	19
Kühlschränke	56,4	84,7	99	99
Gefrierschränke	0,5	3,5	12,5	29
Waschmaschinen	53,6	73,0	80,4	94
Fernsehempfänger	69,1	81,6	88,1	94
" /Farbe	0,2	2,5	16,8	42

Naturgemäß differenziert aber die jeweilige Einkommenslage auch die Besitzanteile an diesen Gebrauchsgütern. Hierfür einige Beispiele:

Haushaltneuttoeinkommen und Besitz an HH-Gegenständen

<u>Haushalt-Nettoeinkommen</u>	<u>Anteile PKW-Besitz</u>
1 000,- bis 1 200,-	30,3
1 200,- bis 1 600,-	40,7
1 600,- bis 1 800,-	58,1
1 800,- bis 2 000,-	65,5
2 000,- bis 2 200,-	70,8
darüber	77,4

Haushaltneuttoeinkommen und Farbfernsehgerätebesitz

1 000,- bis 1 200,-	29,8
1 200,- bis 1 400,-	35,0
1 400,- bis 1 600,-	41,0
1 600,- bis 1 800,-	46,0
1 800,- bis 2 000,-	50,8
über 2 200,-	58,2

Die Besitzanteile differieren also noch erheblich - je nach Haushaltseinkommen. Unabhängig davon haben sich weitere, in den Haushalten vorhandene Konsumgüter (sog. technische Haushaltgeräte) seit 1970 mehr als verdoppelt. Nach Berechnungen des IfM beträgt ihr Bestandwert mehr als 500 Milliarden Mark.

• Einige dieser Haushaltgeräte - wie Kaffeemaschinen und Grillgeräte - fanden erst in den letzten Jahren Eingang. Die nachstehende Tabelle gibt Aufschluß über die Entwicklung:

Haushaltsbestand an ausgewählten Gebrauchsgütern je 100 HH

	1970	1980	1984
Kaffeemaschinen	8	32	60
Grillgeräte	2	27	38
Toaster	16	43	54
Plattenspieler	14	37	42
Fotoapparate	67	80	95
Bücher je Haushalt	70	90	105

In der individuellen Konsumtion spiegeln sich die Früchte einer angestregten Arbeit ebenso wider wie die Kontinuität unserer gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Entwicklung. Sie charakterisieren zugleich fortschreitend höhere Maßstäbe der Bürger an das materielle und geistig-kulturelle Lebensniveau. Mit dem eben Dargestellten wird schon deutlich, welche Veränderungen im Gesamtbedarf und Verbrauch zustandegekommen sind. Generell zeigen sich folgende

Tendenzen des Bedarfs und Verbrauchs der Bevölkerung:

- Besonders intensiv entwickelt sich der Bedarf an Konsumgütern, die der weiteren sinnvollen Ausgestaltung der Freizeit, des kulturreichen Wohnens, der Entwicklung hauswirtschaftlicher Tätigkeiten und der Bildung und Qualifizierung dienen.
- Die Ausgaben der Bürger für Konsumgüter des gehobenen Bedarfs gewinnen mehr und mehr an Gewicht gegenüber den Bedürfnissen des "elementaren" Grundbedarfs. Herausragend sind die Komplexe Ernährung und Bekleidung.

- Mit steigendem Lebensniveau und einer damit einhergehenden finanziellen Entwicklung wächst der Bedarf an Genußmitteln.

Die Relationen in den Ausgaben der Bevölkerung
sind - grob skizziert - folgende:

- Der Bedarfskomplex "Ernährung" macht rund ein Drittel des Gesamtbedarfes an Konsumgütern aus.
- Fast ein Fünftel des wertmäßigen Gesamtbedarfes entfällt auf Genußmittel. Das ist ein Beleg dafür, daß der Konsum an Genußmitteln als Bestandteil des Lebensniveaus bewertet - und nicht als Luxus betrachtet wird!
- Auf Bekleidung entfallen etwa 12 % des Gesamtverbrauchs von Konsumgütern, wobei der Wunsch nach subjektiver, den spezifischen Bedürfnissen angepassten Kleidung zunehmend stärker ausgeprägt ist. Eine Unifikation - wie sie beispielsweise noch bei manchen "Modewaren" anzutreffen ist - wird abgelehnt.
- Vom Gesamtbedarf entfällt etwa ein Drittel auf die Konsumgüter zur Ausstattung der Wohnung, der Hauswirtschaft einschließlich der (noch immer nicht völlig vorhandenen) "1000 kleinen Dinge".
- Etwa über 18 % entfallen auf die Bedarfsgüter für Bildung, Unterhaltung und Verkehr. Hierzu zählen nicht allein die Geräte der Massenkommunikation, die Neuanschaffungen von Kraftfahrzeugen, sondern auch Ergänzungen für den Freizeitbedarf und Nachholebedarf für Verkehrsmittel: Reparaturen, Ersatzteile, Kraftstoff usw.).

. Insgesamt kauften unsere Bürger zwischen 1981 und 1985 für ca. 68,7 Milliarden Mark m e h r an Konsumgütern als in den Jahren 1976 bis 1980!

Die DDR-Statistik vermittelt einen ziemlich instruktiven Überblick über die

durchschnittlichen Ausgaben der Haushalte der DDR (1985)

HH-Nettoeinkommen gleich 100:

davon Steuern, Beiträge, Spareinlagen	17,8 %
Verbrauch an Waren und Leistungen	82,2 %
darunter für	
Nahrungs- und Genußmittel	34 %
darunter für Nahrungsmittel	24,1 %
Genußmittel	9,9 %
für Industriewaren	35 %
darunter Schuhe/Taschen	2,7 %
Textilien und Bekleidung	9,7 %
Oberbekleidung	3,8 %
sonstige Industriewaren	22,6 %
bezahlte Leistungen	13,2 %
darunter für Verkehr	1,0 % (!)
Mieten	2,7 % (!)
Strom, Gas, Wasser	1,6 % (!)
Reparaturen	1,9 %
Bildung, Unterhaltung, Erholung	3,6 %

Diese Ausgabenbilanz differiert naturgemäß nach Haushaltgrößen. (Weitere Einzelangaben dazu müssen jedoch aus Platzgründen unterbleiben.)

Wie schon erwähnt, spiegelt sich der weitere Anstieg des materiellen Lebens auch in der Konsumtion von Nahrungs- und Genußmitteln wider. Jeder Bürger unseres Landes kann sich gut und zunehmend besser ernähren. Das findet einen Ausdruck auch im Pro-Kopf-Verbrauch.

Hierzu zunächst ein internationaler Vergleich:

Pro-Kopf-Verbrauch an ausgewählten Nahrungsmitteln
RGW-Länder, Stand 1984 (kg)

	Bulg.	DDR	Polen	CSSR	UdSSR	Ungarn
Fleisch und Fleischerzeugnisse	71,0	94,4	57,2	84,5	60,4	76,0
Fisch und Fisch- erzeugnisse	7,2	7,4	7,9	5,1	17,5	2,9
Eier/Stück	237	303	210	332	256	327
Zucker und Zucker- erzeugnisse	35,5	39,1	45,0	37,5	44,3	35,0
Mehl und Nahrungsmittel	149	100	124	109	135	110

In der DDR sicherte das Wachstum an agrarischen Erzeugnissen die weitgehend stabile Versorgung in allen Grundnahrungsmitteln bei gleichzeitig wachsendem Verbrauch. Stabile Preise in den Grundnahrungsmitteln sind ein Ausdruck sozialer Sicherheit. Gleichzeitig tragen die gewachsenen Einkommen (vgl. Blatt) zum erhöhten Verbrauch - einschließlich der Genußmittel - bei. Die - nicht unproblematische - Entwicklung wird durch folgende Übersicht demonstriert:

Pro-Kopf-Verbrauch bei ausgewählten Nahrungs- und Genuß-
mitteln in verschiedenen Erfassungsjahren

	1970	1980	1985
Fleisch und Fleischerzeugnisse	66,1	89,5	96,2
Eier	239	289	305
Butter	11,2	10,9	9,7
Trinkmilch	98,5	98,7	105,6
Zucker (und Erzeugnisse)	34,4	40,6	39,6
Kakaoerzeugnisse	2,4	3,4	4,2
Bier (l)	95,7	139,1	141,6
Wein/Sekt	5,0	9,6	10,3
Spirituosen	6,6	12,3	15,2
Rauchtabak/g	60	27	22
Zigaretten/Stück	1257	1720	1833

• Bei aller Anerkennung des hohen Ernährungsniveaus ist nicht zu übersehen, daß Gefahren für eine partielle Über- oder Fehlernährung bestehen und daß der hohe Alkohol- und Nikotinkonsum Anlaß zu starken medizinischen Bedenken gibt.

Aus ernährungsphysiologischen Gründen waren hygienische Kontrollen in der DDR, die auf die Minderung des Fett-, Zucker- und Kochsalzverbrauchs in der Gemeinschaftsverpflegung gerichtet waren, notwendig geworden. Diese großangelegten Überprüfungen auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Speisewirtschaft bestätigten ebenfalls erhebliche Abweichungen von den festgelegten Maximalwerten.

• Zu den gewachsenen, aber gleichzeitig differenzierter gewordenen Bedürfnissen gehört der

Besuch von Gaststätten

Für unser Anliegen soll auf die Bedeutung der Gaststätte für Jugendliche hingewiesen werden. Zugrunde gelegt werden Untersuchungsergebnisse des Leipziger Marktforschungsinstituts.

Die Resultate:

- Gegenwärtig besuchen etwa 2,7 Millionen Jugendliche (ca. 94 %) gastronomische Einrichtungen.
- Jeder vierte Gaststättenbesucher ist im Alter von 15 bis 25 Jahren,
- Dabei führt die Altersgruppe 21 - 25 Jahre die Spitze an.
- Die Besucherzahl Jugendlicher in gastronomischen Einrichtungen liegt um rund 32 % über dem DDR-Durchschnitt.

	mehr- mals pro Woche	1-2 mal pro Woche	2-3 mal pro Monat	1-2 mal pro Quartal	1-2 mal pro Jahr
Erwachsene insgesamt	4,4	12,0	19,1	32,5	12,1
16- bis 18jährige	4,4	21,3	27,9	25,0	12,1
18- bis 25jährige	6,2	21,0	33,7	27,2	6,6

• Bestimmend für den Besuch durch Jugendliche ist die Freizeitfunktion der Gaststätte. Sie wird vorrangig besucht, um sich mit Freunden/Bekannten zu treffen (46 %) bzw. um gesellig beieinander zu sein, wozu vor allem Tanzen gehört - sofern diese Möglichkeit besteht. Teilweise wird der Gaststättenbesuch auch zur "Ab-
rundung" bestimmter Ereignisse (Prüfungen, Lehrgänge, vorangegangener Kinobesuch usw.) vorgezogen.

• Für Jugendliche ist der Verzehr von Speisen gegenüber den erstgenannten Funktionen zweitrangig. Ein jugendlicher Gaststättenbesucher gibt durchschnittlich pro Besuch 10,70 M oder jährlich ca. 580,- M dort aus. Diese Summe liegt deutlich unter dem Ausgabenniveau der älteren (35- bis 55jährige geben mehr als das Doppelte aus).

• Hinsichtlich der Getränke dominiert bei 15- bis 18jährigen Jugendlichen eindeutig der Verbrauch alkoholfreier Arten (Jugendschutzgesetz!). Für die 18- bis 25jährigen spielt Bier die größte Rolle.

• Die Analyse der Leipziger Marktforscher ließ nicht erkennen, ob und inwieweit geschlechterdifferenzierte Besucheranteile festzustellen waren. U. E. liegt aber die Wahrscheinlichkeit sehr nahe, daß männliche Jugendliche (mit Ausnahme der Disko) Gaststätten wesentlich häufiger besuchen.

Schon mehrfach wurde im Zusammenhang mit Bedürfnissen und Verbrauch der Bevölkerung auf Fragen des Einkommens hingewiesen. Hierzu nun weitergehende Ergebnisse und Erkenntnisse.

Einkünfte der Bevölkerung

• In den Materialien des XI. Parteitages finden sich folgende Aussagen: "Das Realeinkommen der Bürger hat sich in 15 Jahren verdoppelt" und "bis 1990 wird das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung gegenüber 1985 120 % bis 123 % wachsen".

• Das Realeinkommen ist nicht allein abhängig vom monatlichen Arbeitseinkommen. Eine entscheidende Größe sind die Preisstüt-
zungen, die von 8,5 Milliarden (1971) auf 40,6 Milliarden (1985) also auf 478 % (!) gestiegen sind, sowie die indirekten Einkom-

men durch unentgeltliche oder nur anteilige Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitswesens, des Sozialwesens, der Volksbildung, Kultur, des Hoch- und Fachschulwesens u. a.

• 1985 waren 17,3 % aller Ausgaben aus dem Staatshaushalt für diese Zwecke bestimmt.

Vorhin wurde der Verbrauch von Grundnahrungsmitteln besprochen. Steigt dieser aber, wie zu ersehen war, so steigen auch die Kosten für entsprechende Subventionierung, und damit die indirekten Ausgaben.

• Auch die Entwicklung der Spareinlagen steht mit der Einkommensentwicklung (und Zinszahlung) im Zusammenhang (s. Bl.). Allerdings gibt es hier auch einen anderen Bezugsrahmen: Die Höhe der Spareinlagen steht in einem gewissen Verhältnis zur Warendecke, also dem verfügbaren Warenfonds, der Warenvielfalt und Qualität. - Die starke Erhöhung der Spareinlagen ist also auch auf teilweise nicht gedeckte Bedürfnisse (KfZ u. a.) zurückzuführen.

• Der Geldüberhang wird aber nicht generell durch allgemeine Preiserhöhungen abgefangen. "Wir sind der Auffassung, daß mit der großen Schöpferkraft der Werktätigen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität die Fragen gelöst werden, die durch eine allgemeine Preiserhöhung nicht zu lösen sind." (E. Honecker)

• Die Stabilität der Preise für den Grundbedarf, für Mieten und Tarife, hat wesentlichen Anteil an der Verdoppelung der Realeinkommen, während umgekehrt Preiserhöhungen negativ auf die Entwicklung des Realeinkommens wirken würden.

Index des verbrauchswirksamen Realeinkommens
(1970 = 100)

1970	100
1975	129,7
1980	161,5
1986	196,9

. Konkret erkennbar für den Bürger ist sein Nettoeinkommen. Auch hier gibt es erhebliche Steigerungen. Von jeweils 100 Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern hatten ein Nettoeinkommen

	1970	1985 (%)
bis 1 200,-	= 66,1 %	= 3,1 %
1 201 - 1 600,-	= 26,5 %	= 23,4 %
über 1 600,-	= 7,4 %	= 73,5 % (!)

Unter einem anderen Bezugssystem:		1970	1985
Nettoeinkommen eines	Einpersonenhaushaltes	535,-	924,-
"	" Zweipersonenhaushaltes	928,-	1583,-
"	" Dreipersonenhaushaltes	1121,-	1867,-
"	" Vierpersonenhaushaltes	1209,-	2018,-

. Etwas differenziert blieb dabei das durchschnittliche Arbeits-einkommen in verschiedenen Tätigkeitsbereichen/Ministeriumsbe-reichen. Es betrug 1985 für Vollbeschäftigte

der volkseigenen Industrie	= 1 147,- M monatlich
der Bauwirtschaft	= 1 158,- " "
der Landwirtschaft	= 1 068,- " "
der Forstwirtschaft	= 1 081,- " "
im Verkehrswesen/Bahn	= 1 255,- " "
Binnenschifffahrt	= 1 193,- " "
Seeschifffahrt	= 1 481,- " "
Handel	= 1 021,- " "
Post Fernmeldewesen	= 1 028,- " "

3. Spezielle sozialpolitische Maßnahmen

Zu den Zuwendungen für die Bevölkerung aus Mitteln des Staatshaushaltes (1985 = 88 967 Mill. Mark) gehören auch die Ehekredite und Zinserlasse für junge Leute. Seit ihrer Einführung (VIII. Parteitag) wurden bis heute rund 1,2 Millionen zinsloser Kredite mit einer Gesamtsumme von rund 7,6 Milliarden Mark vergeben. Auf Grund der Geburt von Kindern wurden für 1,9 Milliarden Mark Zinserlasse gewährt.

Über die Entwicklung in Etappen gibt die folgende Tabelle Auskunft.

Jahr	Gewährung von Ehekrediten		Krediterlasse	
	Anzahl	Mill. Mark	Anzahl	Mill. Mark
1972	29 594	146,1	3 643	3,7
1975	87 908	467,2	68 176	75,3
1978	81 859	534,3	110 100	135,5
1981	94 235	577,8	155 184	182,2
1985	73 359	483,0	126 834	162,5

(Der Rückgang zwischen 1981 und 1985 wird durch demografische Strukturveränderungen hervorgerufen; vgl. auch Eheschließungen, Blatt)

Urlaubsreisen

Die gesamte Reisetätigkeit der Bürger unseres Landes hat sich erhöht und ist weiter im Ansteigen. Das ist u. a. auch auf die Verlängerung von Ferien/Urlaubstagen für die Werktätigen zurückzuführen. Der FDGB besitzt nunmehr 700 Ferieneigenheime und weitere 460 Betriebserholungsheime und Vertragshäuser. Dadurch stieg die Bettenkapazität erheblich (1970 = 90 000, 1985 = 136 000). Dementsprechend konnten auch mehr Personen Ferienplätze in Anspruch nehmen. Wir greifen die Entwicklung von FDGB-Urlaubsreisen heraus:

Ferienreisen mit FDGB	Inland	Ausland
1970	1 140 253	10 614
1975	1 446 853	19 028
1980	1 678 730	19 886
1985	1 856 820	20 111

• Im Austausch mit ausländischen Gewerkschaften wurden in unseren Ferienheimen 1975 = 14 487 Plätze, 1985 = 16 984 Plätze bereitgestellt.

Im gleichen Zeitraum stiegen auch die vom Reisebüro "Jugendtourist" vermittelten Urlaubsmöglichkeiten. Vor allem sind die mit hohen staatlichen Zuschüssen ausgestatteten Auslandsreisen junger DDR-Bürger zu erwähnen. Für sie wurden 1975 = 107 370 Plätze vermittelt, 1985 jedoch 296 540.

1986 nutzten über 2 Millionen Jungen und Mädchen die Angebote von Jugendtourist.

Jugendherbergen

In den 260 Jugendherbergen der DDR gibt es rund 24 000 Übernachtungsmöglichkeiten (durchschnittliche Belegungsdauer ist 3 - 4 Tage). Jugendherbergen gibt es zwar in jedem Bezirk, doch sind diese bezirklich unterschiedlich vorhanden, so im Bezirk Karl-Marx-Stadt = 39, im Bezirk Rostock = 22, Potsdam = 17, Schwerin = 6 und Berlin (Hauptstadt) = 2.

4. Gesundheitswesen

Mit der wachsenden Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens wurde die medizinische Grundbetreuung - vor allem in den Großstädten und industriellen Ballungsgebieten - verbessert.

Ein Gradmesser ist die Zunahme der praktisch tätigen Ärzte und ihr Anteil an den zu betreuenden Bürgern.

. 1949 gab es 13 220 Ärzte, auf je 10 000 der Bevölkerung kamen seinerzeit 7 Ärzte. 1970 war die Ärztezahl erheblich gewachsen - auf 626 Einwohner kam ein Arzt.

1985 hatten wir einen Ärztestand von rund 51 000, was bedeutete, daß für je 427 Einwohner ein Arzt zur Verfügung stand.

. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Stomatologen.

1970 versorgte ein Zahnarzt 2 320 Bürger, 1985 dagegen 1 360.

. Allerdings sind die Anteile nach wie vor bezirklich unterschiedlich. Dafür vier Beispiele:

Bezirk	Einw. je Arzt	Einw. je Zahnarzt
Hauptstadt Berlin	237	1 091
Rostock	335	1 226
Leipzig	415	1 337
Cottbus	562	1 539

Arbeitsunfälle

Als Folge strengerer Durchsetzung und Befolgung von Sicherheitsvorschriften sowie verbesserter Technologien hat sich die Zahl der Arbeitsunfälle - auch jener mit tödlichem Ausgang - in den letzten Jahren vermindert. Von 1970 = 41 Arbeitsunfälle pro 1000 Beschäftigten reduzierte sich diese bis 1986 auf 24/1000. Die Anzahl der tödlichen Arbeitsunfälle verminderte sich im selben Zeitraum um 50 %.

. Naturgemäß folgt das Unfallgeschehen auch den spezifischen Bedingungen der Tätigkeiten. Hierzu ein beispielhafter Überblick:

Wirtschaftsbereich	Arbeitsunfälle	1975	1985
Industrie/Handwerk		37	23
Bauwirtschaft		55	36
Land-/Forstwirtschaft		45	42
Verkehr		35	24

Hier fallen der starke Rückgang in der Bauwirtschaft und die zögernde Reduzierung in der Land-/Forstwirtschaft auf.

Straßenverkehrsunfälle

Trotz der Zunahme von Kraftfahrzeugen hat sich erfreulicherweise eine rückläufige Tendenz bei Straßenverkehrsunfällen herausgebildet. 1976 gab es in der DDR 60 220, 1985 dagegen 45 800 Straßenverkehrsunfälle.

Mit tödlichem Ausgang endeten 1980 1 713 Fälle, dagegen 1985 1 450.

Bezogen auf 100 000 der Bevölkerung unseres Landes waren dies

1980		1985	
Getötete	Verletzte	Getötete	Verletzte
10	243	9	237

. Der Bezirk Leipzig hatte durchschnittlich die meisten, der Bezirk Magdeburg die wenigsten Unfälle zu verzeichnen.

. Einen großen Anteil an Straßenverkehrsunfällen hatten und haben die Fahrer von Kleinkrafträdern - darunter insbesondere männliche Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Ihr Anteil hat sich leider erhöht, wie aus folgender Zusammenstellung ersichtlich wird:

Kleinkraftradfahrer		
Jahr	Verletzte je 10 000 zugel. Kfz	Getötete je 10 000 zugel. Kfz
1970	40,5	1,2
1977	62,9	1,8
1980	62,3	1,5
1984	67,0	1,5

. Als Folge von Verletzungen gab es 1984 insgesamt 741 370 Fälle von Arbeitsunfähigkeit bei Männern, dagegen (nur) 356 340 bei Frauen. Daraus resultierten für Männer 13,6 Millionen Arbeitsunfähigkeitstage und 7,5 Millionen für Frauen. Arbeitsunfähigkeit als Unfallfolge trifft für Männer auf 17 %, für Frauen auf 7 % aller Arbeitsunfähigkeitsfälle zu. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit wegen Unfällen liegt um ca. 3 Tage höher als der Gesamtdurchschnitt.

Krankenstand der Bevölkerung

. Der Krankenstand unserer Bürger ist gesunken. Früher verbreitete Krankheiten wurden zurückgedrängt, vor allem Typhus, Diphtherie, Scharlach und Masern.

. Die Säuglingssterblichkeit ging zurück (vgl. Blatt 19); die durchschnittliche Lebenserwartung nahm etwas zu. Der Rückgang der allgemeinen Sterblichkeit trifft auf Männer, nicht aber auf Frauen zu. Die männliche Mortalität wird stark bestimmt von bösartigen Neubildungen, ischämischen Krankheiten, Bluthochdruck; bei weiblichen Personen ergibt sie sich vorwiegend aus Krebserkrankungen (Mammacarcinome und Krebs der Urogenitalorgane).

. Im Alter zwischen 15 - 60 Jahren beträgt die Sterblichkeit der Männer etwa das Doppelte der Frauen; die Sterblichkeit der Nichtverheirateten ist - unabhängig von deren Alter - größer als die der Verheirateten.

. Der Anteil der Ausfallzeiten wegen Krankheit hat sich in den vergangenen Jahren nicht positiv verändert (seit 1983 wieder im Steigen begriffen).

Durchschnittlich fallen pro Arbeiter und Angestellten 6,06 % der Arbeitszeit aus. Dabei betragen die Anteile 5,67 männlich und 6,43 weiblich.

. 1985 wurden 3 511,7 Millionen Mark an Krankengeld gezahlt, pro Krankheitstag 27,90.

Zirka 53 % waren ein- bis zweimal im Jahr erkrankt.

Etwa ein Drittel der Arbeiter und Angestellten konnten ohne Arbeitsbefreiung berufstätig sein.

Dagegen beläuft sich der Anteil von häufig Erkrankten (ab dreimal arbeitsunfähig pro Jahr) immerhin auf 14 % (!). Die Monate höchster Erkrankungsfälle sind Dezember, März und April.

• Die durchschnittliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit beträgt ca. 16 Kalendertage (männlich: 15,5; weiblich: 16,2). Allerdings ist die Dauer der Arbeitsunfähigkeit altersbedingt und altersabhängig (vgl. folgende Tabelle).

• Arbeitsunfähigkeit nach Lebensalter, Tagen und Erfassungsjahr

Altersgruppen	1976	1980	1984
unter 25 Jahre	11,5	16,6	10,4
25 bis unter 30 "	13,3	12,6	12,2
30 " " 40 "	15,9	14,9	13,9
40 " " 50 "	20,1	18,7	17,6
50 " " 60 "	26,7	25,4	23,1
darüber (bis 65)	32,7	33,8	31,1

Wie in vorangegangenen Berichten erwähnt, ergibt sich wiederum bei Jugendlichen die geringste Anzahl von AU-Tagen (nicht aber von Arbeitsunfähigkeitsfällen) gegenüber anderen Altersgruppen.

Geschlechtskrankheiten

Hier verläuft die Entwicklung in den letzten Jahren unterschiedlich.

• Das Vorkommen von Syphilis ist rückläufig: 1980 = 6,7 pro 100 000 Bevölkerung, 1985 = 2,1 : 100 000 (real 327 Fälle), wobei die Erkrankung schwerpunktmäßig in Berlin (108 Fälle) und Leipzig (80 Fälle) auffällig wurde. Risikogruppen sind die Bi- und Homosexuellen. Die Erkrankung betraf beide Geschlechter mit annähernd gleicher Infizierungsrate.

• Weitaus ungünstiger stellt sich die Erkrankungshäufigkeit bei Gonorrhoe dar.

Gegenüber den Jahren 1970 und 1975 ist in den Folgejahren eine deutliche Zunahme festgestellt worden.

Erkrankungen an Gonorrhoe

Jahr	absolut	je 100 000 Bevölkerung
1946		855
1967	18 356	107,4
1970	23 475	137,5
1975	39 249	232,9
1980	90 851	301,9
1985	49 636	298,3

Die Gonorrhoe trat in verschiedenen Bezirken der DDR unterschiedlich häufig auf - eine Tendenz, die bereits früher feststellbar war.

An der Spitze liegen: Hauptstadt Berlin, danach Rostock. - Magdeburg und Leipzig bilden das Mittelfeld der Erkrankungs-häufigkeit.

Mit der geringsten Erkrankungsanzahl stehen die Bezirke Karl-Marx-Stadt und Brandenburg am Ende der Tabelle.

AIDS-Erkrankungen

(Acquired immune deficiency syndrome)

Eine neu (entdeckte ?), sexuell übertragbare Krankheit mit tödlichem Ausgang, die sich gegenwärtig rasch ausbreitet. Für die DDR liegen keine amtlichen Verlautbarungen dazu vor, so daß im Rahmen dieser Informationen auf internationales Berichtsmaterial zurückgegriffen wird (population reports, August 1986, Baltimore, USA).

AIDS tritt in der Regel auf bei sexuell aktiven Leuten zwischen 20 - 40 Jahren. Die Krankheit kann auch durch Bluttransfusion übertragen werden, außerdem durch verunreinigte Injektionsnadeln und auf anderen Wegen.

AIDS kann während der Schwangerschaft oder bei Geburt von der Mutter auf den Fötus / das Kind übertragen werden. Offensichtlich ist mit einer zunehmenden Ausbreitung auch in unseren Regionen (Europa) zu rechnen.

Als wirksamer Schutz gegen AIDS werden insbesondere Kondome empfohlen.

Erkrankungen:

Im August 1986 waren von 71 Ländern etwa 29 000 Fälle bekanntgegeben worden, die meisten aus USA, Zentralafrika, Brasilien, Haiti und Westeuropa.

• Weltweit sind vielleicht 5 - 10 Millionen Menschen Träger des AIDS auslösenden Virus (Wiss. Annahme). Allein in den USA erwartet (befürchtet) man bis 1991 270 000 AIDS-Fälle.

Insgesamt wird für 1990 mit ca. drei Millionen AIDS-Fällen gerechnet.

• In Europa wurden von 1982 bis 1986 mindestens 2 500 Fälle registriert (das sind 1,0 bis 1,2 je 100 000 Einwohner).

Im Jahr 1987 meldeten:

Frankreich	997 Fälle
------------	-----------

Italien	367 "
---------	-------

England	610 "
---------	-------

Schweiz	100 "
---------	-------

Spanien	201 "
---------	-------

BRD	771 "
-----	-------

• In Europa stieg die Zahl bekanntgewordener Erkrankungen zwischen März und Juni 1985 von 22 je Woche auf 31 Fälle zwischen Oktober bis Dezember 1985.

• 75 % der AIDS-Kranken in Europa und 65 % jener aus den USA sind homosexuelle bzw. bisexuelle Männer.

50 % der Erkrankten sterben innerhalb 18 Monaten nach Erstellen der Diagnose; 80 % innerhalb drei Jahre.

Kontaminierung durch Pflanzenschutzmittel

Der Durchmischungsgrad der Lebensmittel mit Pflanzenschutzmitteln ist nicht unproblematisch; er betrug 1984 durchschnittlich 17,5 % bei 2,2 % Toleranzüberschreitung. Damit wurden die seit Jahren beobachteten Feststellungen in nahezu gleicher Größenordnung bestätigt. Zwischen importierten Lebensmitteln und Erzeugnissen aus dem Inland bestehen keine wesentlichen Unterschiede. Bestätigt hat sich jedoch die schon im Vorjahr vorgefundene Differenz zwischen der Kontaminierung pflanzlicher Lebensmittel mit ca. 12 % und der tierischer Nahrung mit 47 % (!!).

Die Säuglings- und Kindernahrung war dagegen (bis auf eine Probe von 2000 Proben) frei von Durchmischungen mit Pflanzenschutzmitteln.

Jugendgesundheitsschutz / körperlich und geistig Behinderte

Im Jahr 1984 wurden 302 457 Kinder und Jugendliche mit Körperbehinderungen, Seh- und Hörschäden erfasst. Die geschlechtsspezifischen Relationen ergeben einen höheren Anteil weiblicher Behinderter.

Insgesamt hat die Zahl der Kinder mit schwerer Körperschädigung leicht zugenommen. Bei 14- bis 18jährigen beträgt sie 70 680 (auch hier mehr weibliche).

Angewachsen ist ebenfalls die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit geistigen Störungen. Sie belief sich 1984 auf 152 562, das sind 38,7 je 1000 Jugendliche und Kinder bis 18 Jahre (!).

Die Zunahme betrifft besonders die Kleinstkinder (unter 1 Jahr). Im Hinblick auf die Massierung nach Altersgruppen liegen die von 14 - 18 Jahren mit 43 784 Fällen und die von 6 - 14 Jahren mit 87 998 Fällen an der Spitze.

Deutlich stärker in der Relation sind männliche Kinder bzw. Jugendliche gegenüber weiblichen (ca. 2 : 1) damit betroffen.

Im Vordergrund der Auffälligkeiten stehen hier:

Geistige Störungen verschiedener Art, gefolgt von Epilepsie, Spätfolgen der Erkrankungen des ZNS und mittlere und schwere geistige Retardierungen.

5. Beteiligung unserer Bürger an der Gestaltung der Gesellschaft

"Sozialistische Demokratie - das ist bei uns auch die Mitarbeit in einer Vielzahl gesellschaftlicher Funktionen, in Kommissionen und Ausschüssen der Volksvertretungen, in Elternbeiräten, in Vertrauensleutevollversammlungen zum Abschluß der Betriebskollektivverträge, in Arbeitsschutzkommissionen, Wohnungskommissionen, Küchenkommissionen und anderes mehr.

Allein die Mitgliederzahl der Parteien und Massenorganisationen beträgt, wenn man die Doppelmitgliedschaft abzieht, rund 11,6 Millionen" (E. Honecker, Beratung mit den 1. Kreissekretären, ND 7./8. 2. 1987).

Kennzeichnend für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie ist auch die Arbeit in den Volksvertretungen, den gesellschaftlichen Organisationen und den Parteien in der DDR. Ihr Ziel ist - neben anderem - noch größere Bürgernähe, rasche Zuwendung zu den Fragen, die mit dem Wohnbefinden der Menschen und der Entfaltung ihrer Leistungsbereitschaft, dem politischen Klima in den Arbeitskollektiven und im Wohngebiet zusammenhängen.

„ Ein Ausdruck der Demokratie ist auch die Zusammensetzung unserer obersten Volksvertretung.

Von den 500 Mitgliedern der Volkskammer der DDR gehören an 127 der SED, 52 der DBD, 52 der CDU, 52 der LDPD, 52 der NDPD, 61 dem FDGB, 32 dem DFD, 37 der FDJ, 21 dem Kulturbund und 14 dem VdGB.

„ Nach der Geschlechterzugehörigkeit setzt sich die Volkskammer aus 339 Männern (67,8 %) und 161 Frauen (32,2 %) zusammen.

„ Die Altersgruppen der Abgeordneten sind folgendermaßen besetzt:

18 bis unter 25 Jahre	=	26 Mitglieder	=	5,2 %
25 " " 31 "	=	34 "	=	6,8 %
31 " " 41 "	=	60 "	=	12,0 %
41 " " 51 "	=	118 "	=	23,6 %
51 " " 61 "	=	181 " (!)	=	36,2 %
darüber		81 "	=	16,2 %

• Ausgehend vom erlernten Beruf hat die Volkskammer folgende Aufteilung:

54,2 % Arbeiter, 25,2 % Intelligenz, 13,8 % Angestellte, 0,6 % Sonstige.

Dabei besitzen 73 % (364 Abgeordnete) einen Hoch- oder Fachschulabschluß.

Im weiteren soll ein kurzer Überblick über die Besetzung bzw. Mitgliederzahl gesellschaftlicher Gremien/Partein gegeben werden.

- In den Ausschüssen der Nationalen Front arbeiten 388 000 Bürger, darunter 115 700 Frauen.
- Als Schöffen sind 52 930 Bürger ehrenamtlich tätig, darunter mehr Frauen (52 %) als Männer (48 %).
- In den Konfliktkommissionen gibt es 27 820 Mitglieder, in den Schiedskommissionen 5 550.
- Die Zahl der Mitarbeiter in den fast 20 000 Kommissionen der ABl beträgt 266 000.
- Auf dem Gebiet der Volksbildung arbeiten 907 400 Bürger ehrenamtlich in den Eltern-Beiräten und weitere 509 120 in den Elternaktivitäten mit.

Das macht deutlich, wie umfangreich und vielfältig die Beteiligung der Bürger am öffentlichen Geschehen ist.

Ein weiterer Ausdruck gesellschaftlichen Engagements ist die Mitgliedschaft in den gesellschaftlichen Organisationen.

- Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist Mitglied der größten Massenorganisation, des FDGB mit 9,4 Mill., davon 53 % Frauen.
- Die Gesellschaft DSF zählt ca. 6 Millionen Mitglieder.
- Im DFD arbeiten und wirken 1,5 Millionen Frauen, das Viertel von ihnen sind Berufstätige.
- Von den rund 2,35 Millionen Mitgliedern der FDS sind 49 % Mädchen/Frauen.
- Zur Pionierorganisation gehören 1,34 Millionen Schüler.
- Der Kulturbund kann 264 000 Mitglieder verzeichnen, davon sind 31 % Angehörige der Intelligenz, 21 % Angestellte und 20 % Arbeiter.

SED

Unter den politischen Parteien nimmt die SED als die stärkste und führende Kraft die Spitze ein. Die Sozialistische Einheitspartei hat sich zu einer vom ZK bis in die Grundorganisationen einheitlich handelnden, gut organisierten, disziplinierten Kampfpartei entwickelt.

- . Die SED zählt 2,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten. Ihr Anteil an weiblichen Mitgliedern zählt 35,5 %.
- . Frauen sind mit ca. 31 % als Leitungsmitglieder in den GO und APO tätig; in den Kreisleitungen beträgt ihr Anteil mehr als 36 %.
- . Von allen Genossinnen und Genossen besitzen 38,2 % einen Hoch- oder Fachschulabschluß.
- . Der Anteil der Arbeiter beträgt 58,2 %, der der Intelligenz 22,4 %, Angestellte sind mit 7,7 % vertreten, weitere 11,7 % gehören zu anderen sozialstrukturellen Kategorien.
- . Unter den Genossen und Genossinnen befinden sich 109 000 Propagandisten des Parteilehrjahres.
- . Seit dem XI. Parteitag wurden 51 761 Kandidaten als Mitglieder bestätigt und 44 900 wurden als Kandidaten aufgenommen.
- . Der Anteil der Parteimitglieder nach Altersgruppen setzt sich folgendermaßen zusammen:
 - 12,9 % bis 25 Jahre
 - 10,8 % 26 - 30 "
 - 19,3 % 31 - 40 "
 - 21,5 % 41 - 50 "
 - 18,2 % 51 - 60 "
 - 17,7 % älter als 60 Jahre
- . Jährlich werden ca. 80 000 Mitglieder oder Kandidaten auf Grund der Veränderung ihrer Tätigkeit in eine andere soziale Kategorie eingestuft. Deshalb gilt es, den erforderlichen Anteil von Arbeitern, besonders aus der Arbeiterjugend, bei der Aufnahme neuer Kandidaten zu bewahren.

6. Internationale Vergleichszahlen - bezogen auf RGW-Länder

P r o d u k t i o n 1 9 8 4			
	Elektroenergie KWh pro Kopf	Bezinproduktion kg pro Kopf	Schwefelsäure- produkt. kg
Bulgarien	4 985,0	-	101
DDR	6 604,0	248	53
Polen	3 652,0	98	75
Rumänien	3 163,0	235	85
CSSR	5 071,0	-	81
UdSSR	5 434	nicht bekannt	92
Ungarn	2 495	237	54
(BRD)	(6 495)	(339)	(74)
	LKW Stück pro 10 000 Bev.	PKW Stück pro 10 000 Bev.	Fernsehempf. 10 000 Bev.
Bulgarien	-	-	126
DDR	27	121	384
Polen	15	76	159
Rumänien	16	54	180
CSSR	32	117	248
UdSSR	32	48	327
Ungarn	11	-	317
(BRD)	(45)	(638)	(nicht bekannt)
	HH-Wasch- maschinen je 10 000 Bev.	HH-Kühl- schränke je 10 000 Bev.	Telefonan- schlüsse je 1000 Einwohner
Bulgarien	158	151	185
DDR	315	537	206
Polen	198	145	105
Rumänien	156	195	103
CSSR	273	289	221
UdSSR	165	206	102
Ungarn	244	358	130
(BRD)	(294)	(1158)	(488)

Erzeugung von Nahrungs-/Genußmitteln pro Kopf,
 1984

	Butter, kg	Fleisch, kg	Zucker, kg
Bulgarien	2,8	80,0	50,0
DDR	18,5	105,0	52,0
Polen	7,8	62,0	48
Rumänien	2,2	63,0	36
CSSR	9,8	90,0	61,0
UdSSR	5,4	59,0	45,0
Ungarn	3,0	151,0	38,0
(BRD)	(9,6)	(83)	(nicht bekannt)

	Produktion von Bier/l pro Kopf	Produktion von Zigaretten/ Stück pro Kopf
Bulgarien	64	10 233
DDR	147	1 681
Polen	27	2 341
Rumänien	44	1 388
CSSR	154	1 591
UdSSR	24	1 359
Ungarn	74	2 503
(BRD-Angaben unbekannt)		

7. Quellen

(z. T. wörtlich)

- AIDS** neue Daten und Erkenntnisse.
In: Wochenpost 6/1987
- Albrecht, Annelies** Einige Probleme des Jugendmarktes.
In: Marktforschung, Leipzig,
Heft 3/1985
- Albrecht, Annelies** Aspekte des Angebotes für jugendliche Verbraucher. In: Marktforschung, Leipzig, Heft 2/1986
- Bauakademie der DDR** Analyse und Prognose der Entwicklung der Haushalte. Berlin, 1986, NfD
- Dalichow, Karlheinz** Strukturwandel des Bevölkerungsbedarfs. In: Marktforschung, Leipzig, Heft 1/1986
- Gröhn, Gundula** Bedeutung der Gaststätte für Jugendliche. In: Marktforschung, Leipzig, Hefte 3/4 1985
- Honecker, Erich** Interview für die Zeitschrift "Als Naky". In: ND, 5. 2. 87
- Honecker, Erich** Ansprache vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED.
In: ND, 7./8. Februar 1987
- Hochschule für Ökonomie** Demografiematerialien, unveröffentl. Manuskript
- Jahrbuch für das Gesundheitswesen in der DDR, 1985**
- Jugend in der DDR** Stat. Übersichten, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, VD
- Krause, Irene** Demografische Information des ZIJ, Nr. 29, NfD
- Lotze, H. J.** Wovon hängt das Realeinkommen ab?
In: LVZ, Oktober 1986
- Materialien des XI. Parteitages der SED**
Dietz Verlag, Berlin, 1986

Neues Deutschland	Zentralorgan der SED: Zur Politik und Entwicklung der Kampfkraft der SED, 9. 1. 1986
Neues Deutschland	Zur Sozialpolitik der Sozialisti- schen Einheitspartei, 29. 1. 1987
Pinther, Arnold	Sozialstatistische Daten, Fakten, Erkenntnisse, ZIJ Leipzig, 1983, 1984, 1985
Pinther, Arnold	Demografie-Report. Hausmitteilungen über Ehescheidungen, 1986
Population Report	Baltimore, USA, August 1986
Statistisches Zentralamt	Ungarn, "Ungarn 1985", Budapest
Schneider, Kurt	Staatsangelegenheiten - Sache aller Bürger. In: LVZ vom 30. 1. 1987
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin:	Materialien zur Ehescheidung, zur Jugend in der DDR, zu Frauen in der DDR, Stat. Jahrbuch 1986, Stat. Taschenbuch der DDR, 1986
Streit, Peter	Informationen über Wohnbedarf. MfD (Bauakademie der DDR)
Sauer, Brigitte	Interesse der Bevölkerung an der Instandhaltung der Wohnung. In: Marktforschung, Heft 2/1986
Werner, Angelika	"Junges Wohnen". In: Marktforschung, Leipzig, Heft 2/1986
Zur wirtschaftlichen Entwicklung der BRD	Institut für Deutsche Wirtschaft, Essen, 1981